

gen Arzneimittelimporte aus anderen Ländern und die Förderung von Generika sorgen. McCain sieht das im Prinzip ähnlich. Bei ihren Sparplänen haben beide Kandidaten vor allem die Rentner-Versicherung Medicare im Blick.

Ein weiterer Schwerpunkt der Gesundheitspolitik beider Kandidaten ist die Prävention. Auch hier setzt Obama stärker auf den Staat als McCain. Nach den Vorstellungen des Demokraten sollen sich staatliche und private Einrichtungen gemeinsam der Bekämpfung der großen chronischen Volkskrankheiten annehmen. Die US-ame-

rikanischen Ärzte sollen sich daran natürlich beteiligen.

Der Republikaner hält weniger davon, dass sich der Staat um die chronischen Erkrankungen seiner Bürger kümmert. Er sieht hier die Verantwortung bei jedem einzelnen. Der Staat hat aus seiner Sicht genug getan, wenn er die Menschen über eine gesunde Lebensführung informiert und sie dazu motiviert, diese Erkenntnisse zu beachten.

Umfragen zufolge wird die Gesundheitspolitik den Ausgang der Präsidentschaftswahl beeinflussen. Clinton hat es zwar

nicht geschafft, selbst als Kandidatin aufgestellt zu werden, sie hat aber mit ihrem Einsatz für die Versicherungspflicht eines der zentralen Themen des Wahlkampfes gesetzt. Nach einer Umfrage von Associated Press/Yahoo News vom April dieses Jahres halten 57 Prozent der Amerikaner das Thema Gesundheit für sehr wichtig. Das waren neun Prozentpunkte mehr als noch im November 2007. Damit rangiert die Gesundheitsversorgung zwar hinter der Wirtschaft (67 Prozent) und den Benzinpreisen (59 Prozent) aber deutlich vor dem Irak-Krieg (48 Prozent). /

Versandhandel

Frühere Fehler korrigieren

Von Brigitte M. Gensthaler, München / Versandhandel mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln darf nicht sein – dies bekräftigten Politiker (fast) aller Couleur beim 1. Tag der Heilberufe in München. Erstmals hatten die fünf verkammerten Heilberufe in Bayern gemeinsam eingeladen, um Politiker nach ihren Ansichten zum Gesundheitswesen zu fragen.

Der seit 2004 erlaubte Versandhandel mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln ist den Apothekern ein Dorn im Auge. Sie warnen vor Fälschungen, monieren die fehlende Beratung und prangern die Zusendung von Rx-Arzneimitteln ohne Vorlage eines Rezept an. Hier gibt es keine individuelle Betreuung des Patienten, kritisierte Dr. Ulrich Krötsch, Präsident der Bayerischen Landesapothekerkammer, bei der Podiumsdiskussion in München. Der Patient werde mit seinem Medikament alleingelassen, und dem Missbrauch sei Tür und Tor geöffnet. »Uns geht es hier nur um den Schutz der Verbraucher.« Doch wie stellen sich die bayerischen Politiker zu dieser Schicksalsfrage der Apotheker?

CSU für Versandverbot

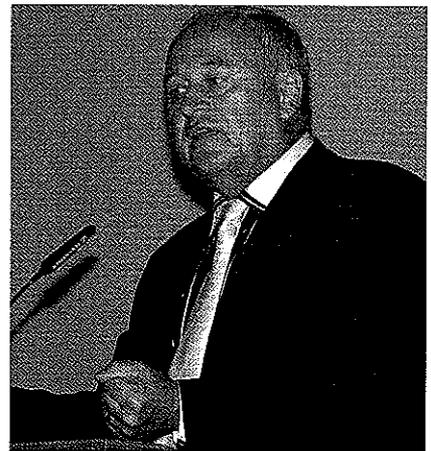
Die Position der CSU ist so klar, dass Gesundheitsministerin Christa Stewens nur auf die Bundratsinitiative zum Verbot des Versandhandels hinzuweisen brauchte. Anders Friedhelm Esch, stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG). Wenn es bei der Einführung des Versandhandels Fehler gegeben habe, »müssen wir diese jetzt korrigieren«, räumte er auf Krötschs Nachfrage ein. »Versand von Rx-Arzneimitteln darf es nicht geben.« Ohne Arzneimittelberatung würden Versorgung und Sicherheit der Patienten leiden. Dies unterstrich auch die

Grünen-Politikerin Theresa Schopper, die zudem vor den Gefahren durch gefälschte Arzneimittel warnte. Der Arzt Dr. Wolfgang Krombholz von den Freien Wählern Bayern ging noch einen Schritt weiter und stellte den Arzneiversand! gleich gänzlich infrage.

Weniger Bedenken hat offenbar die FDP, obwohl Bundestagsmitglied Martin Zeil versicherte, dass die Liberalen »die Missstände sehen«. Doch die FDP greife mit ihrem Antrag im Bundestag zu kurz, denn dieser fordert nur die Abschaffung von Pick-up-Stellen, sagte Krötsch. Den vollständigen Antrag zum Verbot des Versandhandels mit rezeptpflichtigen Arznei-



Sozialministerin Christa Stewens Fotos: PZ/Archiv



Kammerpräsident Dr. Ulrich Krötsch

mitteln habe dagegen die Fraktion Die Linke eingebracht (siehe PZ 27/08, Seite 6). Deren Vertreter, Dr. Eckhardt Kaiser, freute sich sichtlich über das Lob des Apothekerpräsidenten.

Nein zu Apothekenkonzernen

Bei der zweiten großen Sorge der Apotheker, der EuGH-Entscheidung zum Fremdbesitzverbot, ließen die Politiker durchblicken, dass sie von dessen Aufhebung ausgehen. Dann komme es entscheidend auf die politische Ausgestaltung der neuen Rechtslage an.

Wie die Apotheker fürchten die beiden Allgemeinärzte Krombholz und Kaiser, dass es zu Einschnitten in der flächendeckenden Versorgung der Patienten komme, wenn Großkonzerne nach reinen Rendite-Interesse handeln. Es dürfe deshalb nur Mehrbesitz, aber keinen Fremdbesitz geben, sagte Kaiser. Vor einer »Schleckerisierung« im Apothekenwesen warnte auch Schopper. Im Gegensatz zu den Bundes-Grünen sei sie entschieden gegen reine Abgabestellen für Arzneimittel. Sie plädierte für Apotheker als Berater der Patienten. /